



Bankenkrise 1931\*: „Friedlicher Weg zur Zertrümmerung des Versailler Vertrages“

# Warten auf Hitler

SPiegel-Redakteur Heinz Höhne über Deutschlands Weg in die Diktatur (IV)

Der General war mit seinem Kanzler unzufrieden. Kurt von Schleicher, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, fand, Heinrich Brüning habe sich als Reichskanzler überlebt und es sei höchste Zeit, den Zauderer in der Reichskanzlei durch einen besseren Mann abzulösen.

Bereits im Oktober 1931 klagte Schleicher dem Stahlhelmführer Siegfried Wagner, der Kanzler sei innenpolitisch nicht energisch genug, und Preußens sozialdemokratischer Innenminister Carl Severing bekam von ihm zu hören: „Das kann man nicht mehr mit ansehen. Der gute Heinrich wird mit nichts fertig!“

Was den General verstimmt, war der innenpolitische Kurs, den Brüning nach dem katastrophalen Wahlerfolg der Na-

tionalsozialisten im September 1930 eingeschlagen hatte, um die Republik wieder zu stabilisieren.

Eine Krise in der NSDAP hatte der Republik eine unerwartete Atempause verschafft. In der Berliner SA war kurz vor der Reichstagswahl eine Revolte gegen Hitler und seine Parteiführung ausgebrochen, die aller Welt enthüllt hatte, wie umstritten Hitlers Position in der Partei noch war; Hitler hatte daraufhin den SA-Chef Pfeffer von Salomon abgesetzt und seinen Freund Ernst Röhm zu dessen Nachfolger bestellt.

Doch Hitler mußte jeden Augenblick mit dem Ausbruch einer neuen SA-Revolte rechnen – Grund für den Führer der NSDAP, trotz des nationalsozialistischen Wahlerfolgs vorsichtig zu taktieren.

Das nutzte nun Brüning zu dem Versuch, die Republik gegen ein weiteres

Anschwellen der braunen Flut abzusichern, und niemand half ihm dabei mehr als der preußische SPD-Ministerpräsident Otto Braun, der die führenden Genossen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dazu bewog, das Kabinett Brüning zu tolerieren.

Es war die einzige parlamentarische Überlebenschance für das Kabinett: Ohne die 143 Abgeordneten der SPD hatte die Regierung keine Aussicht, bei wichtigen Vorhaben eine parlamentarische Mehrheit zu finden, und ohne diese Mehrheit konnte nicht einmal eine mit Notverordnungen amtierende Präsidialregierung auf die Dauer existieren.

Die neugewonnene Mehrheit ermutigte Brüning zu einem großzügigen Unternehmen, mit dem er endlich die quälende Wirtschaftskrise beseitigen wollte. Die Lage verlangte drastische, grundlegende Maßnahmen: Fast vier Millionen

\* Kundenansturm vor einer Filiale der Sparkasse der Stadt Berlin nach dem Zusammenbruch der Danabank.

Menschen waren arbeitslos, die Industrieproduktion war fast um die Hälfte gesunken, und die hochverschuldeten Gemeinden wußten nicht mehr, wie sie die Gehälter ihrer Beamten und Angestellten zahlen sollten.

Auf das krisengeschüttelte Deutschland stürzte ein Hagel von Brüning'schen Notverordnungen, Dekreten und Erlassen nieder, sämtlich dazu ausgedacht, der Not abzuhelfen und die Krise zu stoppen.

„Gesundung des Staatshaushaltes“ hieß das Schlüsselwort, mit dem jede neue Maßnahme gerechtfertigt wurde: die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die Senkung von Preisen und Löhnen, die Forcierung der Exportwirtschaft, die Erhöhung der Steuern.

Doch statt zu gesunden, geriet das Land immer tiefer in den Morast der Brüning'schen Deflationspolitik. Keine Verordnung wollte greifen, fast jede Maßnahme hatte kontraproduktive Wirkung: Die Politik der erzwungenen Zinssenkung störte den Kapitalmarkt „so verhängnisvoll, daß die finanzielle Basis für einen baldigen Aufschwung überhaupt beseitigt war“ (so der Historiker Helmut Marcon), während die Politik der Lohnsenkung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer zunichte gemacht wurde, weil die Steuer, da von den Unternehmen getragen, nicht auf die Konsumenten überwälzt werden konnte.

Brüning war in einen tödlichen Kreislauf geraten, aus dem er keinen Ausweg mehr fand. Gläubig startete er in die Talsohle der Wirtschaftskrise und hoffte, getreu der geltenden nationalökonomischen Theorie, auf die ersten Anzeichen des kommenden Aufschwungs.

War Brüning besonders dumm oder borniert? Keineswegs. Wie er dachten die meisten Männer der Wirtschaft und Politik. Man wußte es nicht besser, als daß in einem Abschwung erst eine scharfe Krise den Start zum Wiederaufstieg ermögliche. Das Wort vom deficit spending war noch unbekannt, die Erkenntnis noch nicht formuliert, daß man durch eine staatliche Defizitwirtschaft die Krise überspielen kann – durch Vergabe von öffentlichen Aufträgen, die zu einer Initialzündung für die ganze Wirtschaft werden.

Je länger aber der Aufschwung ausblieb, desto abenteuerlicher wurden die Überlegungen Brüning's. Warum kam der Aufschwung nicht? Hinter der ganzen Krise, so wählte der Kanzler, mußte etwas eminent Politisches stecken, und was konnte das anderes sein als der Ehrgeiz ausländischer Mächte, Deutschland möglichst lange in den Fesseln des Reparatonsystems zu halten.

Reparationen – das schien Brüning der Schlüssel zu allem. Jeder deutsche Patriot wünschte sie sich weg, jeder ärgerte sich über die unablässigen Forderungen der alliierten Weltkrieg-I-Sieger. Brüning kam eine phantastische Idee: die deutsche Wirtschaftsmisere zur Abschüt-



Krisenpolitiker Brüning, Curtius 1931: Im Interesse der Außenpolitik ...



... noch mehr Arbeitslose auf die Straße: Erwerbslose vor einer Suppenküche

telung der ganzen Reparationslast zu nutzen, aus der Krise heraus „den friedlichen Weg zur Zertrümmerung des Versailler Vertrages“ (Brüning) zu finden.

Allerdings würde er, so kalkulierte Brüning, den Gläubigerstaaten einen Verzicht auf weitere Reparationen nur nahelegen können, wenn ihm der Nachweis gelang, daß es Deutschland wirtschaftlich nicht besser ging als den Reparationsmächten, ja daß jeden Augenblick mit seinem völligen Zusammenbruch zu rechnen war. Also mußte

es Deutschland noch schlechter gehen, mußten noch mehr Arbeitslose auf die Straße.

Diesem Konzept haftete ein Hauch der Inhumanität an, und die Menschen spürten das, wenn sie Brüning's ansichtig wurden und ihn als „Hungerkanzler“ beschimpften. Der Mann war ihnen unheimlich. Menschen und ihre Gefühle interessierten ihn kaum, er sah sich als Exekutor einer herrischen Staatsräson, die Politik nur als Außenpolitik, hingegen Innen- und Sozialpolitik nur als Verwaltung verstand. Brüning machte

sich daran, den Mächten eine Debatte über die Reparationen aufzunötigen. Ein Streit mit Frankreich kam ihm gelegen: Die Regierungen in Berlin und Wien hatten im März 1931 bekanntgegeben, daß sie eine Zollunion abschließen wollten, was auf den schärfsten Widerstand der französischen Hegemonialmacht stieß. Österreich geriet unter den wirtschaftlichen Druck Frankreichs, der bewirkte, daß die Österreichische Creditanstalt, eine der größten Banken Mitteleuropas, zusammenbrach.

In Europa löste daraufhin ein Bankenkrach den anderen ab, weil nun, wie es ein Experte umschreibt, „Frankreichs Währungsbanker wild um sich schlugen“. Das hatte auch für Deutschland böse Folgen: Anfang Mai geriet der Karstadt-Konzern in Schwierigkeiten, bald begann es auch bei dem zweitgrößten Kreditinstitut Deutschlands, der Darmstädter und Nationalbank (Danatbank), zu kriseln.

Jetzt hatte Brüning das Stichwort, das er für seine Pläne benötigte: deutsche Zahlungsfähigkeit. Anfang Juni meldete er sich mit seinem Außenminister Curtius zu Verhandlungen in England an, denn die Briten waren schon 1922 dafür eingetreten, die Reparationen zu liquidieren, hatten sich jedoch gegenüber Paris und Washington nicht durchsetzen können.

Angesichts der Weltwirtschaftskrise drängte nun die Londoner Regierung die Amerikaner, dem Wahnsinn der Reparationen ein Ende zu setzen. Der US-Präsident Herbert Hoover ließ sich schließlich dazu bewegen, am 20. Juni ein Moratorium vorzuschlagen, das zumindest die Zahlung aller internationalen Schulden für ein Jahr aussetzte.

Brüning hatte einen ersten Erfolg erungen, an dem auch ein neues Presisionsmanöver der französischen Diplomatie und Bankenwelt nichts mehr ändern konnte. Brüning ließ die Franzosen abblitzen und sah seelenruhig zu, wie sich die deutsche Finanz- und Wirtschaftskrise erneut verschärfte.

Mitte Juli schloß die Danatbank ihre Schalter, die Norddeutsche Wollkammer brach zusammen, die Landesbank der Rheinprovinz erklärte sich für zahlungsunfähig. Dann griff die Reichsregierung ein; sie übernahm die Kontrolle der Banken und leistete mit Reichsbankgeldern Bürgschaften.

Dem Kanzler schien nun Deutschland elendig genug, um die restlose Streichung aller Reparationen zu verlangen. Die deutsche Misere war so offenkundig, daß sich die Vernünftigen im Ausland beeilten, dem Kanzler Brüning zu helfen. Ende Dezember 1931 rief die britische Regierung alle Gläubiger- und Schuldnerländer zu einer Konferenz nach Lausanne, auf der das Reparationsproblem endgültig gelöst werden sollte.

Doch Brünings reger Verstand war schon wieder auf neue Horizonte deutscher Außenpolitik gerichtet. Er entwarf eine Revisionspolitik, die das Schwerege-

wicht künftiger deutscher Macht nach Osten und Südosten verlagern, die Frage der deutschen Ostgrenzen wieder hochspielen und die militärische Macht der Republik rasant verstärken sollte. Hitlers expansive Europapolitik nach 1933 – hier war sie teilweise vorgezeichnet.

Das Land aber versank in Chaos der Wirtschaftskrise, die Arbeitslosigkeit wurde zum Massenelend, 6,1 Millionen Menschen waren als Arbeitslose im März 1932 registriert – der Kanzler nahm kaum Notiz.

Nicht einmal die publicityträchtige Tagung der „Nationalen Opposition“ in Bad Harzburg am 11. Oktober 1931,

beteiligung „zähmen“. Der General wußte schon, wie sich das machen ließ.

Ideal erschien ihm, die Regierung der SPD-geführten Weimarer Koalition in Preußen, dieses letzte Bollwerk des ruinierten Parteienstaates, zu stürzen und eine Rechtsregierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten einzusetzen. Doch Brüning weigerte sich; er hatte nicht vor, sich völlig in die Abhängigkeit von Schleicher und Hindenburg zu begeben. Denn: Stürzte Braun, dann tolerierte die SPD im Reichstag den Kanzler keinen Augenblick länger.

Daraufhin holte Schleicher Anfang Februar 1932 einen anderen Plan hervor, in dem kein Brüning mehr vorgesehen war: neue Reichsregierung unter einem Deutschennationalen, in der die Nationalsozialisten ein paar Ministerposten erhalten sollten. Der Plan scheiterte an Hitler. Der verlangte so viele Ministerposten, daß Hindenburg über Hitler ernstlich verstimmt war.

Diese Verstimmung machte sich nun Brüning zunutze, um sich vor weiteren Aktionen Schleichers abzuschern. Die Stunde war günstig: In einem Monat würden die Reichspräsidentenwahlen stattfinden, in denen Hindenburg gegen Hitler antrat, und für die Leitung der Kampagne brauchte Hindenburg den Kanzler Brüning dringender denn je.

Dabei war es Wahnsinn, den alten Mann für eine weitere Amtsperiode im Präsidentenpalais zu lassen. Das wußte niemand besser als Brüning.

Täglich erfuhr er, wie es um den Greis bestellt war: Hindenburg konnte kaum noch einer politischen Entwicklung folgen, er brachte oft die einfachsten Fragen durcheinander, hörte schwer und verstand entsprechend falsch.

Hindenburg hatte sich auch lange gegen eine neue Präsidentschaft gewehrt, zumal er mit einer für ihn völlig falschen Frontstellung antreten mußte: Er, Vaterfigur der Rechten, sollte als Kandidat der republikanischen Parteien gegen den Herausforderer Hitler antreten, in dessen Werbekolonnen nicht wenige Hindenburg-Freunde mitmarschierten.

Doch Brüning hatte immer wieder mit dem Argument gedrängt, ohne den Generalfeldmarschall sei der Staat verloren. Auch Schleicher meinte, ein Sieg Hitlers

# Reichsgesetzblatt

Teil I

1931      Ausgegeben zu Berlin, den 31. Juli 1931      Nr. 46

Inhalt: Durchsetzung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank. Vom 31. Juli 1931. .... 3. 415

Vierte Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank. Vom 31. Juli 1931.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzl. I S. 359) wird erlassen:

Artikel 1

(1) Die Reichsregierung übernimmt namens des Reichs über die Vorschriften des Artikels 1 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzl. I S. 359) hinaus die Ausfallbürgschaft für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Darmstädter und Nationalbank, stromandbürgschaft auf Aktien, auch soweit es sich nicht um eigene Aktien der Bank handelt. Die Ausfallbürgschaft erstreckt sich ferner auf Bürgschaftsverrichtungen der Bank einschließlich der Verbindlichkeiten aus Wechselbürgschaften.

(2) Die Vorschriften in Artikel 1 Abs. 2 und in Artikel 2 der Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Darmstädter und Nationalbank vom 13. Juli 1931 (Reichsgesetzl. I S. 359) gelten entsprechend.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 31. Juli 1931 in Kraft.

Berlin, den 31. Juli 1931.

Der Reichskanzler

Dr. Brüning

Der Stellvertreter des Reichskanzlers

und Reichsminister der Finanzen

H. Dietrich

Der Reichswirtschaftsminister

zu Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt

Ernst Brüning

Staatsekretär

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei getrennten Teilen – Teil I und Teil II –  
 Fortsetzung der Gesetz- und Verordnungsblätter. Hauptpreis vierteljährlich für Teil I = 1,20 M., für Teil II = 1,20 M.  
 Einzelhefte (einschl. aller Steuern) können aus dem Reichsdruckverlag, Berlin 7280 40, Schwanenstraße 4 (Postfach  
 Nr. 2000), Berlin 66 2000, Preis für den abendlichen Bezug 15 Pf., auf schriftlichen Aufträgen 10 Pf. einschließlich der Post-  
 und Fernspreckosten. Bei größeren Bestellungen 12 bis 40 v. S. Preisermäßigung.

Verantwortlich für den Inhalt des Reichsgesetzblattes: Der Reichskanzler, Berlin.

## Brüning-Notverordnung: Gläubig in die Talsohle

diese Riesenschau des Rechtsradikalismus unter Hitlers und Hugenbergs Führung, fand Brünings Aufmerksamkeit. Selbst das Anschwellen der Nazi-Gefolgschaft konnte den Kanzler nicht erschrecken.

Es liege, sagte er einem Gläubiger, „im deutschen Interesse, die Bewegung sich in der Regierungsverantwortung nicht allzu schnell verbrauchen zu lassen“; er wolle es „sich nicht nehmen lassen, das gewichtige Argument dieser radikalen Opposition in die Waagschale der Verhandlungen mit den ausländischen Mächten zu werfen“.

Solches Argumentieren aber mußte Schleicher herausfordern, der genau das Gegenteil wollte: die Nationalsozialisten durch rasche und begrenzte Regierungen-



Hitler-Partner Hugenberg (M.), SA-Parade in Bad Harzburg 1931: Riesenschau des Rechtsradikalismus

würde „zum Bürgerkrieg und letzten Endes zum Bolschewismus“ führen.

So stürzte sich Brüning für seinen Herrn in einen aufwendigen Wahlkampf und erlebte dabei ein Wunder. Daß Hindenburg am 10. April, beim zweiten Wahlgang, über Hitler triumphierte, war für Brüning eine Selbstverständlichkeit. Das Wunder war, daß während des Wahlkampfes die fast lebenslange Partnerschaft zwischen Schleicher und seinem Ziehvater Wilhelm Groener, dem Wehr- und Innenminister, zerbrach.

Ausgelöst hatte dies die republikanische Selbstschutzorganisation „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, deren Führern die Wahlen eine willkommene Gelegenheit schienen, die Macht der demokratischen Idee zu demonstrieren. Sie alarmierten die norddeutschen Reichsbannereinheiten, die sich daraufhin in Gewerkschaftshäusern, Parteibüros und Verkehrslokalen in Bereitschaft hielten – provoziert durch das (unzutreffende) Gerücht, die SA wolle im Falle einer Wahlniederlage Hitlers gewaltsam die Macht an sich reißen.

Die Gerüchte des Reichsbanners erreichten auch Groener, der sofort seinen preußischen Kollegen Severing alarmierte. Der ließ am 17. März NS-Gaubüros und SA-Zentralen von der preußischen Polizei besetzen und Akten beschlagnahmen. Aus den Unterlagen ging hervor, daß einzelne SA-Einheiten im Falle eines Hitler-Sieges Gewaltaktionen geplant hatten.

Daraufhin drängten die führenden Beamten des Reichsinnenministeriums

Groener, ein Verbot der SA und SS zu erlassen. Als auch die Innenminister der meisten deutschen Länder forderten, das längst fällige Verbot auszusprechen, mochte sich Groener solchem Drängen nicht länger entziehen. Mit Hilfe Brünings erlangte er am 11. April eine Notverordnung Hindenburgs, die das gesamte Parteieheer der NSDAP verbot.

Zunächst stimmten die Generale im Reichswehrministerium dem Groener-Ukas formal zu, dann aber erhob sich ein von Schleicher entfesselter Sturm der Empörung gegen den Minister. Sie appellierten an Hindenburg, die Notverordnung zurückzuziehen oder zumindest auch das Reichsbanner zu verbieten. Sie vergaßen es dem Minister nie, daß er durch seine „voreilige“ Aktion ihre Zähmungspolitik durchkreuzt hatte.

Als Groener am 10. Mai im Reichstag seine Maßnahmen ungeschickt verteidigte und dabei von den Nazis niedergebüllt wurde, machte die Anti-Groener-Fronde noch einmal gegen den Chef mobil. „Der alte Groener ist senil geworden“, tönte General Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord, der Chef der Heeresleitung, und Schleicher ließ dem Kanzler ausrichten: Wenn Groener jetzt nicht gehe, würden er und die anderen führenden Männer des Reichswehrministeriums sofort ihren Abschied einreichen. Groener trat zurück.

Schleicher aber begann sofort, sein von Groener ruiniertes Zähmungskonzept zu revidieren. Dies war sein neuer Plan: Er wollte die SA, das gefährlichste

Schlaginstrument des Nationalsozialismus, von der Partei trennen und sie mit anderen Selbstschutzorganisationen (Stahlhelm, Reichsbanner) in einem „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ vereinigen, um sie von dort aus zu einer Miliz mit Grenzschaufgaben umzufunktionieren – unter strikter Kontrolle der Reichswehr. Zugleich wollte er die NSDAP an der Regierung beteiligen, ohne ihr freilich Schlüsselpositionen einzuräumen. Die Posten von Reichskanzler und Reichswehrminister sollten die Nazis auf keinen Fall bekommen.

Kam es zum Konflikt mit der NSDAP, so wollte Schleicher, gestützt auf seine Reichswehr, hart reagieren, wie er auf einer Kommandeurstagung erläuterte: „Kein Kampf mit Mückenstichen! Sondern Bestimmungen u. Maßnahmen, wie Nazi sie auch exerzieren würden. Also keine Lockerung d. Zügel u. Nachsicht, sondern auf Hauen u. Stechen.“

Schleicher kontaktierte Hitler, da er von seinen Informanten erfahren hatte, der NS-Führer sei wieder etwas bescheidener geworden. Der Wahlkampf war gar nicht so gut gelaufen, wie sich die Partei das erhofft hatte. So waren die führenden Nazis nicht abgeneigt, sich den General einmal anzuhören.

Am 28. April trafen sich Schleicher und Hitler, am 7. Mai wurden sie konkreter miteinander, wie sich der Berliner Gauleiter Joseph Goebbels notierte: „Der Führer hat eine entscheidende Unterredung mit General Schleicher; einige Herren aus der nächsten Umgebung des

Reichspräsidenten sind dabei. Alles geht gut. Brüning soll in den nächsten Tagen schon fallen.“

Schleicher und Hitler waren sich über das Programm einig: Aufhebung des SA-Verbots, Tolerierung einer neuen Regierung durch die NSDAP, baldige Reichstagsauflösung.

War Schleichers Annahme so unrealistisch, mit dieser Partei werde er schon fertig werden? Er hatte eine Chance und mit ihm, gewollt oder ungewollt, die Deutsche Republik. Es war allerdings ihre letzte Chance. Scheiterte Schleichers Taktik, so konnte nichts auf der Welt mehr Hitler von den Schalthebeln der Macht fernhalten.

Oder gab es doch noch Alternativen? Im parlamentarischen Raum ganz sicher nicht: Die SPD-Fraktion im Reichstag, ohnehin regierungs- und verantwortungsscheu, hatte keinerlei Aussicht, Partner für eine Mehrheit zu finden, die ausgereicht hätte, das Präsidialkabinett Brüning abzulösen und eine Art regierende Volksfront der Demokraten und Republikaner gegen den deutschen Faschismus zu bilden.

Theoretisch gab es noch zwei andere Möglichkeiten, Hitler den Weg an die Macht zu verlegen. Man konnte die NSDAP verbieten und/oder die demokratischen Kräfte außerhalb des Parlaments zum entschiedenen Widerstand gegen den Nationalsozialismus aufrufen.

Weshalb aber sollte die NSDAP verboten werden? Im Reichsinnenministerium lagen gehaltvolle Denkschriften, deren Verfasser nachzuweisen versuchten, daß die NSDAP eine revolutionäre Partei sei, die sich mithin des Hochverrats schuldig gemacht habe und aufgelöst werden müsse; die Partei wolle den gewaltsamen Umsturz.

Das zeigte nur, wie wenig sie Hitler kannten; der hatte sich auf einen scheinlegalen Kurs festgelegt, von dem ihn bis zur Machtübernahme niemand abbringen konnte. Das Umsturz-Argument des Reichsinnenministeriums war sachlich falsch, sein Material außerdem so lückenhaft, daß sich kein Gericht in Deutschland gefunden hätte, daraufhin die NSDAP zu verbieten.

Auch um den politischen Widerstand der demokratischen Kräfte war es nicht besser bestellt. Die republikanischen Selbstschutzorganisationen hatten zwar in den letzten Monaten an Kraft und Selbstbewußtsein zugenommen, sie suchten geradezu die Auseinandersetzung mit ihren braunen Widersachern. Gleichwohl konnte solche Kraftanstrengung nicht darüber hinwegtäuschen, daß den von SPD und Gewerkschaften aufgebotenen Massen der rechte Glaube fehlte, für die Sicherung der Demokratie den letzten persönlichen Einsatz zu wagen.

Mit diesen Republikanern ließ sich ein aktiver Widerstand kaum organisieren. Der Anblick von Millionen Arbeitslosen, die nur darauf warteten, frei wer-

dende Stellen zu besetzen, lähmte jede Initiative zu einem Generalstreik.

So bot allein Schleicher eine Chance, die fanatische Erweckungsbewegung des Nationalsozialismus noch in den Griff zu bekommen. Allerdings: Es ging Schleicher nicht um die Rettung der parlamentarischen Demokratie, ihm schwebte nur die Sicherung einer autoritär-konservativen Republik vor.

Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stand neben dem eigenen Ehrgeiz immer die Staatsräson einer kleinen Militärkaste, die ihrer Aufrüstungspolitik freie Bahn schaffen wollte, dabei alles neutralisierend, was sie daran hinderte: die antimilitaristische SPD-Führung in Preu-



Hindenburg-Wahlplakat 1932: „Herr Hitler, ich schieße!“

ßen, die „unvernünftigen“ Nazis, den Parlamentarismus mit seinen unsicheren Mehrheiten.

Die Lähmung der preußischen Regierung war es denn auch, die nun Schleicher antrieb, seinen Plan in die Tat umzusetzen. In Preußen hatten am 24. April Landtagswahlen stattgefunden; das von SPD, Zentrum und Linksliberalen („Weimarer Koalition“) getragene Kabinett Braun war seiner parlamentarischen Mehrheit verlustig gegangen, die NSDAP zur stärksten Fraktion aufgerückt.

Doch Otto Braun blieb im Amt, weil der „Nationalen Opposition“ neun Mandate zur absoluten Mehrheit fehlten. Die alte Koalition hatte nämlich noch kurz vor der Wahl mit einem fragwürdigen Trick eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtags durchgesetzt, die vorschrieb, zur Wahl des Ministerpräsidenten sei die absolute Mehrheit aller Abgeordneten nötig.

Schleicher konnte nur zu seinem Ziel kommen, wenn Brüning die preußische Zentrumspartei bewog, mit den Nationalsozialisten eine Regierung zu bilden, oder er selber als Reichskommissar die Regierung in Preußen übernahm – auf

dem Umweg über eine Reichsexekution, zu der Preußens erwartete Zahlungsunfähigkeit einen Vorwand geliefert hätte.

Brüning aber hatte nicht die Absicht, Schleicher diesen Gefallen zu tun. Der Kanzler störte alle Bemühungen um eine neue Koalition in Preußen; schon am 30. April hatte er die Führung der Zentrumspartei darauf eingeschworen, in Preußen keine Koalitionsverhandlungen mit der NSDAP zu führen.

Das brachte nun die Führer der Reichswehr vollends gegen Brüning auf. Der konservative Politiker Graf von Westarp notierte, der „Sturz Brünings gehe von Schleicher, wohl auch von Hammerstein aus. Die Leute hätten fol-

genden Plan: Der Nachfolger solle nur ein Übergang sein. Er solle den Nationalsozialisten, damit sie ihn tolerieren, die Auflösung (des Reichstags) für den Herbst zusagen“.

Es bedurfte keiner sonderlichen Anstrengung, um Brüning zu stürzen. Hindenburg war seit langem entschlossen, den Kanzler fallen zu lassen. Eine neue Siedlungsverordnung des Kabinetts, in der Hindenburgs großagrarische Freunde „Agrarboltschewismus“ witterten, bot dem Präsidenten einen Vorwand zum Bruch mit Brüning.

Am 29. Mai bestellte er den Kanzler zu sich und belehrte ihn kurz: „Diese Regierung muß weg, weil sie unpopulär ist.“ Heinrich Brüning verbeugte sich. Einen Tag später trat das Kabinett zurück.

Schleicher hatte bereits einen Brüning-Nachfolger gefunden, scheinbar leichtfüßig genug, um als Übergangskanzler eingesetzt und wieder abgelöst zu werden. Als der pommersche Gutsherr Friedrich-Karl von Zitzewitz hörte, wen Schleicher da ausgesucht hatte, gab er zu bedenken, der Mann sei doch „kein Kopf“. Darauf Schleicher: „Das soll er auch nicht sein. Aber er ist ein Hut!“

Der Auserwählte hieß Franz von Papen und galt als der Wortführer des rechten Flügels der Zentrumspartei. Sein frech-flottes, fast geckenhaftes Auftreten und das Spielerhafte seiner Natur verdeckten, daß er so etwas wie eine Mission zu haben glaubte: die Vorherrschaft der SPD in Preußen zu brechen und die Zentrumspartei mit der Rechten einschließlich der NSDAP zu einem Block zusammenzuschließen.

Der 1879 geborene Papen kannte nur die hochkonservative Gesellschaft. Katholischer Uradel, Berliner Kadettenkorps, preußisches Garde-Ulanenregiment, Kriegsjahre an der Westfront und in der Türkei, danach Lobbyistenarbeit für westfälische Agrarverbände im preußischen Landtag und Verbindungen zur Großindustrie dank einer Einheirat in eine saarländische Industriellenfamilie bestimmten sein Weltbild.

Die Nationalsozialisten, Neuwahlen.

Da mag nun selbst der eitle Papen einen Augenblick erschrocken sein, denn wie konnte er den Parteifreunden erklären, daß er, ein Zentrumsmann, sich dazu hergab, den von der Partei gestellten Reichskanzler zu stürzen?

Papen vertraute sich dem Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas an, der ihm sofort erklärte, die Annahme der Schleicher-Offerte komme natürlich überhaupt nicht in Frage. Papen versicherte, er werde das Angebot ablehnen. Doch schon ein kurzes Gespräch mit Hindenburg reichte ihm, seinen vermeintlichen Vorsatz zu vergessen. Am 1. Juni wurde er Reichskanzler.

Papen rief Kaas an, um ihm alles zu gestehen. Für Kaas brach eine Welt zusammen. Er warf den Telephonhörer auf den Tisch und stürzte schreiend

# Gratis für alle Computer- Benutzer:

## Der neue Inmac Ideen-Katalog mit über 8000 Ideen und Tips



48 Seiten randvoll mit Informationen rund um den Computer:

- Disketten mit 15 Jahren Garantie.
- Kabel, Verbindungen für DEC, DG, HP, TI, Apple, Pet, Qume, NEC, Nixdorf, Kiensle, Siemens und viele andere.
- Viele neue Produkte und Ideen aus den USA.

Über 8000 kostensparende Produkte – sofort ab Lager lieferbar. Versand am Tag des Bestelleingangs. Mit vollem Rückgaberecht innerhalb von 30 Tagen. Bis zu 15 Jahre Garantie auf jedes Produkt. Sichern Sie sich den Inmac Ideen-Katalog jetzt.

– Schicken Sie den ausgefüllten Coupon an Inmac GmbH, Frankfurter Straße 103, 6096 Raunheim.

**Am schnellsten geht's per Telefon:**  
Rufen Sie jetzt **0 61 42 - 4 30 03** an,  
dann schickt Ihnen Inmac noch  
heute Ihren Katalog.



**Wahlkämpfer 1932\*:** In einem Monat 99 Tote

Bei seinen Besuchen im Berliner „Herrenklub“, einem einflußreichen, aber keineswegs mächtigen Polit-Zirkel, hatte Papen die Bekanntschaft mit Schleicher erneuert, die aus der Zeit gemeinsamer Lehrjahre an der Kriegsakademie stammte. Sie trafen sich öfter, wobei Schleicher manche Interna der preußischen Zentrumspartei erfuhr.

Dieser Papen schien ihm nun der richtige Mann für die Reichskanzlei. Am 28. Mai bot ihm Schleicher die Kanzlerschaft an und skizzierte, unter welchen Bedingungen Papen zu arbeiten habe: Regieren ohne parlamentarische Mehrheit, Regelung der Preußenfrage, Auflösung des Reichstags, Zurücknahme des SA-Verbots, dafür Tolerierung der Regie-

(„Unmöglich, unmöglich!“) aus dem Zimmer. Die Mitarbeiter des Parteivorsitzenden liefen zusammen, um ihn zu beruhigen. Immer wieder rief er: „Verrat! Verrat!“

Die Szene am Telefon entschied sogleich über das Verhältnis der Zentrumspartei zu „ihrem“ Kanzler; Papen galt fortan als Verräter, mit dem kein anständiger Zentrumsmann mehr verkehren dürfe. Papen trat aus der Partei aus.

Schleicher hielt inzwischen eine Ministerliste bereit, die der neue Reichskanzler nur abzhaken brauchte, um binnen zwei Tagen ein Kabinett zusammenzubekommen. Die Regierung Papens wirkte wie ein Überbleibsel aus der Metternichzeit: Fast nur Adlige saßen da zusammen, lediglich zwei Bürgerliche waren noch dabei. Großagrarien, preußische

\* Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in Celle.

## GÜNSCHEN

Ausschneiden und vollständig ausgefüllt einsenden an: Inmac GmbH, Frankfurter Straße 103 - D 6096 Raunheim



Senden Sie mir unverbindlich den neuen Inmac Ideen-Katalog.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Firma \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Konservative und ein politisierender General bestimmten die Politik des „Kabinetts der Barone“. Schleicher war als Reichswehrminister in die Regierung eingetreten, der hochkonservative Agrarlobbyist Wilhelm Freiherr von Gayl hatte das Reichsinnenministerium übernommen, der Hindenburg-Freund Magnus Freiherr von Braun leitete das Reichsernährungsministerium.

Das Kabinett schlug sofort einen entschiedenen antiparlamentarischen Kurs ein. Gleich auf seiner ersten Sitzung am 3. Juni beschloß es, bei Hindenburg die sofortige Auflösung des Reichstages zu beantragen, ohne auch nur abzuwarten, wie sich die Fraktionen zu der neuen Regierung stellten. Der Reichstag wurde aufgelöst, Neuwahlen zum 31. Juli festgelegt.

Dann folgte der zweite Schlag. Am 4. Juni ließ Papen seine Regierungserklärung veröffentlichen. Was da nun zu lesen war, kam einem politischen Skandal gleich, so dreist und unverhüllt hatte noch kein deutscher Kanzler der modernen Welt den Krieg erklärt.

Der „Mißwirtschaft der Parlamentsdemokratie“ müsse ein Ende gesetzt werden, erklärte Papen, die übermäßig aufgeblähten Sozialversicherungen stünden vor dem Bankrott, „die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation“ müsse endlich vollzogen werden.

Hinter dieser Erklärung standen die antidemokratischen Ideen von einem „Neuen Staat“, zu deren Kernvorstellung gehörte, was hier schon anklang: die „Beseitigung der sog. Errungenschaften der Revolution“. Aber das war nur ein Anfang, mehr sollte nach Papens Willen kommen: die autoritäre Führung, der Ständestaat unter einem „selbstverantwortlichen“ Reichspräsidenten und die Schaffung eines Herrenhauses.

Ein öffentlicher Aufschrei voll Wut und Hohn folgte Papens Erklärung. „Ein miserabel stilisierter Extrakt finsterster Reaktion, gegen den die Erklärungen der kaiserlichen Regierungen wie hellste Aufklärung wirken würden“, schrieb der liberale Diplomat Graf Kessler in sein Tagebuch. Selbst die Nationalsozialisten fühlten sich peinlich berührt davon, mit einem solchen Kabinett liiert zu sein.

Jetzt kam Punkt zwei des Arrangements mit Hitler an die Reihe: die Aufhebung des SA-Verbots. Der Innenminister Freiherr von Gayl machte zwar noch einige Schwierigkeiten, so daß Joseph Goebbels schon gegen „die erste Fehlbesetzung dieser Regierung“ zeterete, doch dann gab der Minister den Pressionen Schleichers und Papens nach. Am 16. Juni wurde das Verbot zurückgenommen.

Sofort schwärmten die zwei Monate lang zurückgehaltenen Rollkommandos der SA mit verdoppelter Aggressivität aus – bereits grimmig erwartet von den Schlägerabteilungen des Gegners. Die Bürgerkriegsarmeen der Rechten und



Partner Schleicher, Papen 1932  
„Kein Kampf mit Mückenstichen!“

Linken schlugen erbarmungslos aufeinander ein und exerzierten einer entsetzten Öffentlichkeit vor, was sie unter Wahlkampf verstanden.

Eine Orgie von Schlägereien, Blutatten, Morden und Sprengstoffattentaten erstickte jeden Versuch, eine politische Debatte zu führen. Nicht das Gespräch mit dem politischen Gegner wurde anvisiert, sondern dessen physische Vernichtung. So denaturiert hatte sich die Demokratie in Deutschland noch nie präsentiert.

Kaum ein Tag verging, an dem nicht die Zusammenstöße der meist uniformierten Schlägertrupps neue Opfer forderten, keine Woche, in der nicht Menschen von politischen Fanatikern getötet wurden. Besonders schlimm waren die

Wochenenden, an denen verständige Leute zu Hause blieben, um nicht in die schlagenden, stechenden und schießenden Haufen politischer Demonstranten und reitender, säbelschwingender Polizei zu geraten.

Allein in einem Monat, zwischen Mitte Juni und Mitte Juli 1932, starben in Preußen durch Straßenterror 99 Menschen und wurden 1125 verletzt. „Eine Tag für Tag und Sonntag für Sonntag fortlaufende Bartholomäusnacht“, notierte sich Kessler.

Schleicher und Papen aber waren skrupellos genug, die terroristischen Exzesse, die sie durch die Aufhebung des SA-Verbotes selber mitverschuldet hatten, zu einem Schlag für Sonntags Preußens Regierung zu mißbrauchen. Es war offenkundig, daß die preußische Polizei einige Mühe hatte, mit dem jäh verschärften Straßenterror fertig zu werden.

Die „roten“ Preußen wußten nur zu gut, was der neue Kanzler im Schilde führte. In Berlin, so fand der sozialdemokratische Polizeipräsident Albert Grzesinski, piffen „es schon die Spatzen von den Dächern“: Reichsexekution gegen Preußen. Das Kabinett des Sozialdemokraten Otto Braun reagierte kaum, denn es war nur noch eine Fassade, hinter der kein Wille mehr stand.

Braun war am Ende seiner geistigen und physischen Kräfte. Einen Tag vor der Preußenwahl, am 23. April, hatte er einen totalen Zusammenbruch erlitten; er ersehnte seither nur noch die Stunde, in der ihn ein neuer Ministerpräsident von den Qualen seines Amtes erlöste.

Der schwerkranke Ministerpräsident hatte sich praktisch selbst abgesetzt. Die Amtsgeschäfte hatte er seinem Stellvertreter, dem Wohlfahrtsminister Heinrich Hirtsiefer, übergeben, und nichts konnte Braun mehr bewegen, sein Haus in Zehlendorf zu verlassen.

Er ließ eine ratlose Regierung zurück, die nervös auf die Reichskanzlei starrte, von der sie jeden Augenblick einen üblen Streich erwartete. Hirtsiefer war der Nervenbelastung kaum gewachsen, und auch Severing erwies sich als ein eher liebenswürdiger denn energischer Verwalter seines Amtes.

Da beging der engste Vertraute Severings, Staatssekretär Wilhelm Abegg, eine Torheit, die Papen und Schleicher erlaubte, ihren Stein ins Rollen zu bringen. Ohne seinen Minister vorher zu informieren, traf sich Abegg am 4. Juli mit zwei prominenten Kommunisten und versuchte, sie dazu zu bewegen, den Terror ihrer Genossen gegen die SPD und Einrichtungen des Staates zu stoppen.

Der richtige Platz der KPD, so erklärte Abegg, sei in einer „gemeinsamen Kampffront gegen die Nationalsozialisten“, und darüber sollten sie alle einmal miteinander sprechen. Die beiden KPD-Abgeordneten Wilhelm Kasper und



Staatssekretär Abegg (M.): Als Kommunistenfrend diffamiert

Ernst Torgler versprochen, ihre Partei zu informieren.

Vermittelt hatte das Gespräch ein junger ehrgeiziger Regierungsrat namens Rudolf Diels, der in der Polizeigruppe des Innenministeriums Referent für Linksradikalismus war und als guter Demokrat galt. Gleichwohl fühlte er sich bewegt, die Geschichte von dem Treff anderen Kollegen zu erzählen, darunter zwei Ministerialräten, die daraufhin Freunde Schleichers informierten.

Je mehr die Diels-Story in Berlin von Büro zu Büro weitergereicht wurde, desto brisanter hörte sie sich an: Da hatte also der Staatssekretär Abegg die Kommunisten nicht nur zum Beitritt in eine antifaschistische Kampforganisation eingeladen, sondern sie zum Aufbau einer sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront aufgerufen. Ja, er hatte sogar Verhandlungen über eine Vereinigung von KPD und SPD eingeleitet.

Die Abegg-Mär reichte Schleicher, um zur endgültigen Aktion gegen Preußen zu blasen. Am Nachmittag des 11. Juli trat das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammen, auf der Innenminister von Gayl eine Anklagerede gegen Preußen hielt.

Die Autorität der geschäftsführenden Regierung Preußens, so dozierte Gayl, sei „stark erschüttert“, die Bekämpfung des Kommunismus „unzureichend“, wie

der Fall Abegg zeige. So könne es nicht weitergehen. Deshalb meine er „nach sehr sorgfältiger Überlegung“, daß nun „für die Reichsregierung der psychologische Moment zum Eingreifen gekommen“ sei.

Sein Vorschlag: Erlaß einer Verordnung des Reichspräsidenten, durch die das geschäftsführende Kabinett Braun entmachtet und ein Reichskommissar für Preußen eingesetzt werde. Das Kabinett war einverstanden.

Eine letzte Begründung des Schlags gegen Preußen wollte der Runde zwar noch nicht einfallen, gleichwohl wurde die Aktion am 12. Juli beschlossen. Truppen des Wehrkreises III (Berlin) sollten strategisch wichtige Punkte in der Reichshauptstadt und Umgebung überfallartig besetzen und damit die preußische Polizei an einer Gegenaktion hindern.

Doch Severing hatte aufgepaßt. Die in Berlin umlaufenden Gerüchte über den bevorstehenden Coup der Reichsregierung bewogen ihn, am 13. Juli einen Erlaß an alle Regierungspräsidenten herauszugeben, der sie ermächtigte, mit schärfsten polizeilichen Maßnahmen gegen unbefugten Waffenbesitz vorzugehen und Demonstrationen notfalls zu verbieten.

Severing spielte sogar mit dem Gedanken, die 80 000 Polizisten des Landes zur

Abwehr einer von der Reichsregierung ausgehenden Überraschungsaktion zu alarmieren. Doch da kam er bei den Genossen im SPD-Vorstand schlecht an. Friedrich Stampfer rief aufgebracht: „Sie haben kein Recht, auf Kosten Ihrer Polizeibeamten tapfer zu sein!“ Auf keinen Fall, so schärfte der Parteivorstand Severing am 16. Juli ein, dürfe „die Rechtsgrundlage der Verfassung“ verlassen werden, was immer auch kommen möge.

Immerhin waren die Reaktionen der preußischen Behörden so sichtbar, daß Papen in arge Bedrängnis geriet. Schon wollte Schleicher die Aktion vertagen, da kam dem Reichskabinett ein Zusammenprall roter und brauner Terroristen zu Hilfe, der alles bisher Dagewesene übertrumpfte.

7000 Nationalsozialisten, die meisten aus Schleswig-Holstein, hatten es sich in den Kopf gesetzt, am Sonntag, dem 17. Juli, mit einem gewaltigen Propagandamarsch durch die Arbeiterviertel von Hamburgs Nachbarstadt Altona, die damals zu Preußen gehörte, den kommunistischen Gegner zum Kampf herauszufordern.

Jeder objektive Beobachter konnte voraussehen, was kommen würde: Die Kommunisten hatten aktive Selbsthilfe angedroht, und die Nazis hatten sich mit Steinen und Schlagstöcken bewaffnet, um auch in den engsten Gassen zu bestehen.

40 Polizisten zu Pferd begleiteten den Demonstrationzug, der sich in der Palmaille und der Marktstraße gegen 15 Uhr in Bewegung setzte und ohne Zwischenfälle vorankam, solange er auf den breiten Straßen entlangzog. Als die Marschkolonne jedoch gegen 17 Uhr in die enge Schauenburgerstraße einbog, öffneten sich die Fenster und Dachlukken der umliegenden Häuser.

Kurz darauf prasselte Gewehrfeuer auf die NS-Demonstranten nieder, bald erwidert von den Maschinenpistolen und Revolvern der Polizisten. Das las sich später in der Agitprop-Sprache der Nazis so: „Wie ein Blutrausch schlug es zusammen über die Sturmsoldaten der deutschen Revolution. Stunde um Stunde peitschte Schuß auf Schuß in die marschierenden Kolonnen, fegte Feuer-salve auf Feuer-salve in warme Leiber.“

Bis zum Abend dauerten die Kämpfe. Die Altonaer Polizei erwies sich als unfähig, die Lage zu meistern, und rief die Hamburger Kollegen zu Hilfe. Erst allmählich gelang es, Dächer und Keller von Heckenschützen zu „säubern“. Am Ende waren 17 Menschen tot, über 100 verletzt.

Den „Altonaer Blutsonntag“, wie er sogleich genannt wurde, wußten die Planer in der Reichskanzlei für sich auszuschlachten. Jetzt mochten sie keine Stunde mehr verlieren. Am 18. Juli ging ein Schreiben an Hirtseifer hinaus, das ihn und die beiden preußischen Minister Se-



Polizeistreife nach dem „Altonaer Blutsonntag“ 1932: Brutalster Straßenkampf zwischen Braunen und Roten

vering und Klepper für den 20. Juli, 10 Uhr, zur Entgegennahme einer Erklärung in die Reichskanzlei bat.

Mit einem unguuten Gefühl begaben sich Hirtsiefer, Severing und Klepper in die Reichskanzlei. Dort erwartete sie schon Papen lächelnden Gesichts.

Er eröffnete ihnen in knappen Worten, in Preußen seien öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht mehr gewährleistet. Deshalb habe, so der Kanzler weiter, der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, die ihn, Papen, zum Reichskommissar in Preußen bestelle. Er übernehme die Funktion des Ministerpräsidenten und habe den Essener Oberbürgermeister Franz Bracht zum Leiter des preußischen Innenministeriums ernannt. Deshalb enthebe er Braun und Severing ihrer Ämter.

Einen Augenblick lang sagten die drei Preußen kein Wort. Dann sprach Severing: „Diese Tage schreiben Weltgeschichte, und ein republikanischer Minister darf sich in diesem Augenblick nicht mit dem Makel der Desertion belasten.“ Dem großen Wort folgte ein sehr kleiner Nachsatz: Daher werde er nur der Gewalt weichen.

Es war der Satz, der letztlich über das Schicksal der Weimarer Republik entschied. Widerstand war geboten, Aufbäumen gegen den Anschlag, Protest wider den Coup gegen die letzte Bastion der Demokratie – dem Minister Severing aber kam nichts anderes in den Sinn als die Weigerung, „die Amtsgeschäfte in der bei einem Amtswechsel üblichen Form zu übergeben“.

Wie defensiv Severing dachte, offenbarte er schon einige Minuten später, als

er ins Ministerium zurückkehrte und Polizeipräsident Grzesinski auf ihn mit der Nachricht wartete, in Großberlin sei der Belagerungszustand verhängt und er, Grzesinski, seines Postens entoben. Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Magnus Heimannsberg, war bereits verhaftet.

Man könne doch, wettete Grzesinski, „nicht so ohne weiteres vor dem Vorgehen Papens und der Militärkamarilla die Segel streichen“. Darauf Severing: „Wir können es aber auch nicht zu einem Blutvergießen kommen lassen. Der Ausnahmezustand ist eine zulässige Maßnahme.“

Noch hoffte Grzesinski auf ein Signal zum Widerstand. Doch als der Reichsbannerführer Höltermann bei einer Krisenkonferenz im ADGB-Haus die sozialdemokratischen Führer zu einer sofortigen Aktion drängte, sah er nur in verlegene Gesichter. Im Grunde hatte der SPD-Vorsitzende Otto Wels schon am 16. Juli die Frage entschieden: keinen außerparlamentarischen Widerstand.

Dennoch drängte Höltermann noch einmal, das Wort vom Generalstreik fiel. Die maßgeblichen Gewerkschaftsfunktionäre lehnten ab. Fast zynisch war, was da der Gewerkschaftsvorsitzende Leipart sagte: „Na, dann gehen Sie doch hin und verhaften Sie die Leute.“

Die SPD-Führung flüchtete sich in die Formel, ihre Antwort werde die deutsche Arbeiterklasse am 31. Juli mit dem Stimmzettel erteilen. Eine Aktion, so die hundertfach wiederholte Argumentation, sei angesichts der Machtverhältnisse nicht zu verantworten. Ein Freund Stampfers: „Ihr seid schlechte Generale.

Ihr könnt nicht andere in den Tod schicken.“

Seither will die Debatte über den 20. Juli 1932, den Todestag der Weimarer Demokratie, nicht verstummen. Auch Historiker wie Karl Dietrich Bracher meinen, die SPD habe eine entscheidende Stunde versäumt: Sie hätte wenigstens „die Möglichkeit einer nachhaltigen Demonstration“ nutzen müssen, um den „ungebrochenen Selbstbehauptungswillen der Demokratie“ zu zeigen.

Im Grunde laufen jedoch solche Thesen auf die Forderung hinaus, die Demokratie hätte in Schönheit sterben müssen. Denn eine Chance zum erfolgreichen Widerstand hatte sie nicht: die Massen nicht zum Aufbegehren bereit, ihre Führer mindestens uneins, eine Aktion nicht vorbereitet, die preußische Polizei unter der Kontrolle der Putschisten.

Die autoritären Kräfte in der Republik hatten freie Bahn, und sie nutzten ihre Macht rücksichtslos aus. Das „rote“ Preußen war gefallen, jetzt kam der Hauptteil des Schleicherschen Plans: das Einfangen und Zähmen der Nazis. Die marschierten und holzten sich inzwischen dem nächsten Wahlsieg entgegen, dem größten ihrer Geschichte.

Nicht ohne Respekt beobachtete Schleicher die Strategie der braunen Propagandakolonnen, die mit ihren Parolen das ganze Land überfluteten und jeden Gegner in die Defensive drängten. Noch mehr beeindruckte ihn freilich die Stimme eines Mannes, die ihm inmitten des braunen Barbarentums wie ein Laut der Vernunft klang.

Gregor Straßer sprach und agierte, als sei er der Führer der Nationalsozialisten;

von Mal zu Mal mehr wurde er, so sein Biograph Udo Kissenkoetter, „in den Augen vieler Zeitgenossen neben Hitler, der sozusagen als Inkarnation der nationalsozialistischen Idee galt, der Mann der praktischen Politik“.

Wer einen Blick für Nuancen hatte, konnte deutlich sehen, wie Straßer immer mehr die Partei in den Griff bekam. Nicht Hitler leitete den Wahlkampf der NSDAP, sondern sein „Generalsekretär“. Nicht Hitler entschied über Parlamentskandidaten, finanzielle Einsätze und Karrieren im Parteiapparat, sondern sein Manager.

Und nicht Hitler, sondern Straßer war es, der in diesem Wahlkampf als die profilierteste Führerfigur der Partei gelten mußte. Er hatte das Wirtschaftsprogramm entworfen, das mit seinen Forderungen nach staatlicher Arbeitsbeschaffung und produktiver Krediterschöpfung offenbarte, daß die NSDAP die einzige Partei war, die einen Weg zur Krisenbewältigung wußte.

Es waren jedoch nicht nur Macht und Ehrgeiz, die Straßer von Hitler unterschieden. Er hatte ein realistisches Urteil über seinen Führer, er fürchtete Hitlers Unberechenbarkeit und sorgte sich um die Zukunft seiner Partei, die ihm mehr bedeutete als dem skrupellosen Machtmenschen Hitler. Straßer: „Es ist schon schlimm genug, wenn einer ein Bohemien ist, wenn er dazu hysterisch ist, dann gibt es eine Katastrophe.“

Er glaubte nicht mehr an die Möglichkeit einer Alleinherrschaft der NSDAP. Ihm war sogar zweifelhaft, ob sie angesichts der innersten Natur Hitlers überhaupt wünschbar sei, und das paßte genau zu Schleichers Zähmungsplänen. Zudem hatten Straßer die zahlreichen Wahlkämpfe der letzten Monate gelehrt, daß die Partei kaum in der Lage war, die absolute Mehrheit zu erringen.

Er behielt recht. Als die Wahllokale am Abend des 31. Juli schlossen, hatten die Nationalsozialisten zwar einen spektakulären Erfolg errungen und die SPD von ihrem seit 1890 gewohnten Platz der stärksten Partei Deutschlands verdrängt, doch die Macht abermals verfehlt. Die NSDAP verfügte jetzt über 230 Sitze im Reichstag – 75 zu wenig, um die absolute Mehrheit zu besitzen.

Hitler aber war wie besessen von dem vermeintlichen Durchbruch seiner Partei. Er saß noch in Tegernsee am 2. August mit seinen Unterführern zusammen, da verblüffte er fast alle mit der Ankündigung: Er wolle Reichskanzler werden, ohne jeden Aufschub!

Straßer war darüber so erschrocken, daß er sofort Schleicher informieren ließ, mit dem er bereits in geheimer Verbindung stand. Auch der General war entsetzt. Eine Kanzlerschaft Hitlers mußte seinen ganzen Zähmungsplan ruinieren, zumindest erschweren.



Preußen-Schlag am 20. Juli 1930\*: Die letzte Bastion der Demokratie ...



... ohne Widerstand geräumt: Verhaftungsaktion der Reichswehr\*

\* Oben: Verordnung über die Entmachtung der Regierung Braun. Unten: Festnahme des Schutzpolizei-Kommandeurs Heimannsberg (mit Mantel).

Gleichwohl wollte Schleicher den Versuch unternehmen, Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen. Er überließ es allerdings Papen, den entscheidenden Vorstoß beim Reichspräsidenten zu unternehmen. Doch der Kanzler hatte nicht die geringste Lust, sich von Hitler verdrängen zu lassen.

So wird Papen nicht unfroh gewesen sein, das schneidende „Nein!“ Hindenburgs zu hören, als er ihm am Vormittag des 10. August den Vorschlag Schleichers unterbreitete. Das paßte alles nicht in das Weltbild Hindenburgs, in dem sich das Problem des Nationalsozialismus auf zwei Dollpunkte reduzierte: den „böhmischen Gefreiten“ Hitler, der unbedingt an die Macht wolle, und die Rüpel der SA, die alte Leute ärgerten.

Am 13. August empfing Papen den NS-Führer, um ihm Hindenburgs Hal-

Hindenburg war in ungnädiger Stimmung. Er wollte nur kurz wissen, ob Hitler bereit sei, das Reichskabinettnetz zu unterstützen und in dieses Kabinettnetz mit einigen Ministern einzutreten. Hitler verneinte und erklärte, er müsse (so steht es im Protokoll) „die Führung einer Regierung und die Staatsführung im vollen Umfang für sich und seine Partei verlangen“.

Das lehnte Hindenburg ab. Darauf erwiderte Hitler, dann bleibe seiner Partei nur die Opposition. Hindenburg ermahnte ihn, die Opposition „ritterlich“ zu führen und sich aller „illegalen Akte“ zu enthalten. Hitler versicherte, er werde sich an das Gesetz halten und niemals putschen. Der schwerhörige Präsident hatte mal wieder falsch verstanden und glaubte, Hitler habe ihm eben mit einem Putsch gedroht. Er hob mahnend den

wortbrüchiger, machtgieriger und nicht gesellschaftsfähiger Parteiführer der Öffentlichkeit vorgeführt.

Wenn Papen und Schleicher allerdings geglaubt haben sollten, Hitler matt setzen zu können, so hatten sie sich getäuscht. Hitler holte jetzt zu einem Manöver aus, das nicht ohne Raffinesse geführt wurde: Er verhandelte mit der Zentrumspartei, deren Führer nicht abgeneigt waren, eine Koalition mit der NSDAP zu schließen, die stark genug sein würde, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden und den „Verräter“ Papen abzulösen – und sei es um den Preis einer Kanzlerschaft Hitlers.

Doch Papen war nicht der Mann, der sich von einer parlamentarischen Mehrheit davonjagen ließ. Er wollte es eher auf einen Verfassungsbruch ankommen lassen, als daß er dem Reichstag wich, und er hatte auch schon den Mann gefunden, der ihm einen entsprechenden Aktionsplan lieferte.

Reichsinnenminister von Gayl fand, der Regierung bleibe nur noch „die Möglichkeit, den Reichstag erneut aufzulösen und Neuwahlen einstweilen zu vertagen. Neuwahlen dürften nur dann stattfinden aufgrund eines neuen zu oktroyierenden Wahlgesetzes“.

Das war ein klares Programm des Staatsstreichs, und niemand benötigte es jetzt dringender als der bedrängte Papen, der dreist genug war, gegen die Mehrheit des Reichstages zu regieren. Papen entwarf den Text von zwei Notverordnungen und reiste dann zusammen mit Gayl und Schleicher am 30. August nach Neudeck, um den Reichspräsidenten für seinen Coup zu gewinnen. Hindenburg war einverstanden.

Niemand fiel auf, daß Schleicher dabei saß und kaum ein Wort sprach. Er hatte plötzlich gemerkt, daß Franz von Papen nicht die Absicht hatte, sich mit der Rolle eines Übergangskanzlers zu begnügen, sondern daß er entschlossen war, mit allen Mitteln weiter zu regieren. Das verstimmte Schleicher.

Es erschreckte ihn nicht, daß Papen einen Verfassungsbruch ansteuerte; ihn verdroß aber die plumpe Art, in der Papen dies in Szene setzen wollte, unbekümmert um Interessen und Stimmungen der breiten Öffentlichkeit. Was immer Schleicher an politischen Dummheiten und menschlichen Gemeinheiten begangen hatte – ein Reaktionär war er nicht. Er hatte sich nie vorstellen können, allein auf Bajonette gestützt zu regieren; selbst eine Militärdiktatur konnte er sich nur auf einem populären Untergrund denken.

Das war ungefähr das Gegenteil von dem, was Papen in Neudeck vortrug. Der Kanzler wollte nichts anderes als die Diktatur des Neuen Staates, die Festschreibung eines Regimes der alten konservativ-reaktionären Gesellschaftsschichten.

Schleicher aber neigte einer neuen gesellschaftlich-politischen Formation



Staatsstreich-Opfer Braun: Totaler Zusammenbruch

zung zu erläutern, und schlug ihm vor, als Vizekanzler ins Kabinettnetz einzutreten. Hitler aber blieb stur: Kanzlerschaft, nicht mehr und nicht weniger. Und er begann gleich zu drohen: Wenn man seine Forderungen nicht erfülle, werde die NSDAP in schärfste Opposition gegen die Regierung gehen.

In dieser Lage muß Papen oder Schleicher die Idee gekommen sein, den anspruchsvollen Hitler durch einen Schachzug um eine Nummer kleiner zu machen. Jedenfalls schlug Papen vor, Hitler möge seine Auffassungen dem Reichspräsidenten vortragen, da er ja ohnehin ein Gespräch mit ihm gewünscht habe.

Ein unbestimmtes Gefühl warnte Hitler davor, den Gang zu Hindenburg anzutreten. Hitler wollte schon das Gespräch absagen, weil die Entscheidung längst gefallen sei, doch da suggerierte ihm Hindenburgs Staatssekretär Otto Meißner, es sei noch alles offen und der Reichspräsident warte. Hitler fuhr los und tappte prompt in eine Falle.

dicken Zeigefinger und brummte: „Herr Hitler, ich schieße!“

Wütend stürzte Hitler davon, noch im Gang machte er Papen heftige Vorwürfe darüber, ihn einer solchen Situation ausgesetzt zu haben. Doch der eigentliche Clou kam erst noch.

Ein Kommuniké des Reichspräsidentenpalais teilte mit, Hindenburg habe Hitler erklärt, er könne es „vor Gott, seinem Gewissen und dem Vaterlande nicht verantworten, einer Partei die gesamte Regierungsgewalt zu übertragen, noch dazu einer Partei, die einseitig gegen Andersdenkende eingestellt sei“. Es folgte noch der Zusatz, der Reichspräsident bedauere, daß Hitler trotz früherer Zusagen das Kabinettnetz nicht unterstützen wolle, was praktisch hieß, der Führer der NSDAP habe sich eines Wortbruchs schuldig gemacht.

Erbost protestierte Hitler bei Meißner und Schleicher gegen die Formulierungen des Kommunikés. Der Schaden war jedoch schon angerichtet, Hitler als

# 20%

## Kapitalzuwachs durch ein Dan-Zertifikat

Sie können jetzt - angefangen mit 10% - bis zu 20% p.a. auf Ihre Einlagen in der Jyske Bank durch den Erwerb eines DAN-Zertifikates - eines Einlagenzertifikates in dänischen Kronen - bei einer Anlagedauer von 6 Jahren erhalten.

Sie kaufen zum Beispiel ein DAN-Zertifikat in Höhe von Dkr. 10.000 (ca. DM 2.850) und sehen Ihr Kapital wie folgt anwachsen:

Nach Anzahl Jahren	Ihr Kapital wächst mit (Dkr.)	Ihr Kapital beträgt nun (Dkr.)
1	1.000,-	11.000,-
2	2.320,-	12.320,-
3	3.945,-	13.945,-
4	6.060,-	16.060,-
5	8.810,-	18.810,-
6	12.572,-	22.572,-

(Dies entspricht einem Zinssatz, der über 6 Jahre von 10% p.a. auf 20% p.a. ansteigt.)

Darüber hinaus bietet Ihnen Ihre Geldanlage bei der Jyske Bank folgende Vorteile:

- hohe Erträge
- keine dänischen Steuern
- volle Konvertibilität
- persönlicher, freundlicher Service

Während der 6-jährigen Anlageperiode können Sie Ihr DAN-Zertifikat jederzeit wieder an die Jyske Bank verkaufen - ohne vorherige Kündigung. Bei einem Verkauf erhalten Sie die investierte Einlage sowie den Betrag, um den Ihr Kapital angewachsen ist. Der Kapitalzuwachs ist von der Jyske Bank garantiert.

Ihr DAN-Zertifikat ist somit ein Einlagenzertifikat in dänischen Kronen - ohne Kündigungsfrist und mit garantiertem Kapitalzuwachs.

Sie brauchen lediglich den Coupon auszufüllen, um zu erfahren, wie Ihr Geld sich durch die Anlage in einem DAN-Zertifikat der Jyske Bank schneller vermehrt.



- Ihre Bank in Dänemark

# 10%

Senden Sie mir bitte kostenlos Informationen darüber, wie mein Kapital durch den Erwerb eines DAN-Zertifikates der Jyske Bank schneller wachsen kann:

Vorname \_\_\_\_\_ Nachname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_ PLZ/Stadt \_\_\_\_\_

Land \_\_\_\_\_ Tel.Nr. \_\_\_\_\_

Bitte senden Sie Ihren Coupon an: Jyske Bank, Auslandsabteilung, Abt. 8322, Vesterbrogade 9, Postfach 298, DK-1501 Kopenhagen V, Dänemark - oder rufen Sie uns an: +45 121 22 22.

S83DC1

zu, einer „dritten Front“, die quer durch alle Parteien gehen und die sozialpolitisch dynamischen Kräfte der Nation zusammenfassen sollte.

Die „Querfront“ - das war ein neuer Gedanke in der deutschen Politik, der freilich nicht von Schleicher stammte. Der General war nie originell, aber er griff oft auf, was an ihn herangetragen wurde. Und vieles war ihm gerade in den letzten Tagen vorgetragen worden, von christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaftern, von linken Nationalsozialisten. Ihre Ideen liefen immer auf dasselbe hinaus: sozialpolitische Querfront unter einem Reichskanzler Schleicher.

Doch der General war noch nicht stark genug, Papen zu bremsen. Der erzwang am 12. September nach einer vernichtenden Abstimmungsniederlage die Auflösung des Reichstags. Franz von Papen schien am Ziel seiner Wünsche.

Am 14. September trat er vor das Kabinett, um es darüber aufzuklären, was in Neudeck verabredet worden war: Hinausschiebung der Wahlen zu einem neuen Reichstag, Weiterregieren ohne jedes Parlament. Da erlebte er eine böse Überraschung: Die Minister stellten sich gegen seinen Staatsstreichplan. Der Kanzler mußte einen neuen Wahltermin bestimmen - den 6. November.

Nun aber erwies sich, wie recht Strasser mit seinen skeptischen Wahlprognosen gehabt hatte. Jede Meldung von seinen Propagandatrupps bestätigte es aufs neue: Der Wahlkampf der Partei lief schlecht. Überall im Lande herrschte tiefe Wahlmüdigkeit, die Deutschen hatten allmählich den Zynismus der Herrschenden und der Demagogen satt.

Das Wahlergebnis des 6. November 1932 bewies das deutlich: Zwei Millionen Wähler hatten sich von der NSDAP abgekehrt, sie verlor 34 Reichstagsmandate und sackte auf 33,1 Prozent der abgegebenen Stimmen ab. Das Renommee des angeblich unaufhaltsamen Wahlsiegers Hitler war dahin.

Auch in den folgenden Wochen verlor die NSDAP immer mehr Wähler. Bei den Gemeinderatswahlen in Sachsen kehrten sich 20 Prozent der Wähler von Hitler ab, die sich noch am 6. November zur NSDAP bekannt hatten, bei den bremischen Wahlen waren es 17 Prozent, und bei den Gemeindewahlen in Thüringen büßte die Partei 40 Prozent ihrer Wählerschaft ein.

Die Schlapfen der NSDAP wollte nun Papen noch einmal zu dem Versuch ausnutzen, seine Staatsstreichideen zu verwirklichen. Er hatte zwar am 17. November als Kanzler formal demissionieren müssen, doch er bot Hindenburg ein neues Programm an: neuerliche Auflösung des Reichstags, Erklärung eines „Staatsnotstandes“, Weiterregieren ohne Reichstag.

Das mochte Schleicher nicht mehr hinnehmen, er war entschlossen, sich des „Fränzchens“ zu entledigen. Um den 20.

November herum begann er, seine zahlreichen Kontaktleute zu befragen, ob deren Parteien bereit seien, ein Kabinett Schleicher zu unterstützen. Geheime Nachrichten aus dem NS-Lager ermutigten ihn: Hitler war von den Wahlverlusten deprimiert, er wählte die Partei schon im Untergang.

Das griff nun Straßer auf, der Hitler riet, erst einmal neue Kraft für Zukünftiges zu schöpfen. Es kam ein „Beinahe-Abkommen zwischen Hitler und Straßer“ zustande, dessen Inhalt Kissenkoetter so rekonstruiert: „Straßer wird als Vizekanzler, einige andere NS-Führer werden als Minister in eine Regierung Schleicher eintreten. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP wird Grundlage des Regierungsprogramms sein. Hitler selbst zieht sich auf eine Art Ehrenvorsitz der Partei mit allerdings erweiterten Vollmachten zurück.“

Schleicher war einverstanden, verlangte aber, daß Hitler mit ihm die Vereinbarung noch einmal durchspreche. Hitler sagte zu, er wollte am Morgen des 30. November in Berlin sein.

Doch als Straßer ihn auf dem Anhalter Bahnhof in Empfang nehmen wollte, war Hitler nicht im Zug. Der Schleicher-Konfident von Zengen, der Hitler entgegen geschickt worden war, stand vor einem Rätsel: Er hatte gesehen, wie Hitler am Vortag auf dem Münchner Hauptbahnhof in ein Schlafwagenabteil des D 25 kurz vor 21.15 Uhr eingestiegen war – und doch fehlte Hitler.

Was war geschehen? Erst später stellte sich heraus, daß Hitler wieder aus dem Schlafwagen ausgestiegen und in einen Nachbarzug geklettert war, der auch nach Berlin fuhr, aber in Jena Station machte. Dort hatten ihn Parteigenossen aus dem Zug geholt und überredet, nicht nach Berlin zu Schleicher zu fahren.

So war die einzige Gelegenheit dahin, Hitler auszuklammern und eine NSDAP unter Straßers Führung ins Kabinett zu bugsieren. Hitler fing sich wieder und beanspruchte erneut die totale Führung der Partei. Doch noch ehe sich Schleicher auf die neue Lage einstellen konnte, wurde die Situation im Kabinett kritisch: Papen war am Abend des 1. Dezember von Hindenburg erneut mit der Führung der Regierung beauftragt worden.

Es war der Augenblick, für den Schleicher vorgesorgt hatte. Als sich Papen enthusiastisch an die Arbeit machen wollte, verlangten seine (von Schleicher bearbeiteten) Minister, die neue Lage umgehend zu erörtern. Papen willigte ein.

Am Morgen des 2. Dezember trat das Kabinett zu einer Sitzung zusammen. Außenminister von Neurath ergriff das Wort und erklärte rundheraus, die Entscheidung des Reichspräsidenten sei falsch, die abermalige Betrauung Papens mit der Kanzlerschaft eine Unmöglichkeit. Fast alle Minister schlossen sich dieser Meinung an.

Zunächst war Papen verblüfft, dann aber wehrte er sich wortreich gegen den Vorwurf, mit seiner Politik einen Bürgerkrieg heraufzubeschwören. Mit den „Gefahren von Streiks und inneren Unruhen“ werde man fertig werden, beteuerte der Kanzler.

Da öffnete sich die Tür. Herein trat der Oberstleutnant Eugen Ott, einer der engsten Vertrauten Schleichers, der den Ministern vortrug, was ein Planspiel des Reichswehrministeriums erbracht hatte, in dem es um die Rolle der Reichswehr in einem Aufstand von Links und Rechts gegangen war.

Es habe sich ergeben, erklärte der Oberst, „daß die Ordnungskräfte des Reiches und der Länder in keiner Weise ausreichen, um die verfassungsmäßige

Er wußte nur, daß man Papen nicht länger das Spielen mit der Diktatur erlauben durfte, und er meinte, daß ohne die Nazis nicht mehr regiert werden könne. Schleicher diktierte: „Zerschlagung liegt nicht im Staatsinteresse. Anzustreben bleibt: Mitarbeit der Nazi unter Straßer unter Messiassegen Hitlers.“

Doch der war ferner denn je. Gregor Straßer führte einen einsamen Kampf um ein bißchen Vernunft im Nationalsozialismus, von Auseinandersetzung zu Auseinandersetzung wurden sein Mut und seine Hoffnung geringer. Am 4. Dezember sagte er Schleicher zu, den Posten des Vizekanzlers zu übernehmen, doch er konnte sich gegenüber Hitler nicht durchsetzen.



Wahlkämpfer Hitler 1932\*: Zweifel am eigenen Sieg

Ordnung gegen Nationalsozialisten und Kommunisten aufrecht zu erhalten und die Grenzen zu schützen“. Es sei daher unumgänglich, „die Zuflucht der Reichsregierung zum militärischen Ausnahmezustand zu verhindern“.

Die Minister waren schockiert, Papen mit den Nerven am Ende. Nun mochte auch Hindenburg nicht länger an Papen festhalten. Hindenburg: „Dann müssen wir in Gottes Namen Herrn von Schleicher sein Glück versuchen lassen.“

General a. D. Kurt von Schleicher war Reichskanzler. Er war es nicht gern geworden, er hatte sich nie nach öffentlichen Posten gedrängt; sein Metier war das Büro, die Macht im Hintergrund. Er hatte auch kein konkretes Programm für die Behebung der deutschen Krise.

\* Mit den späteren Reichsministern Göring, Frick und dem 1934 auf Befehl Hitlers ermordeten Gregor Straßer (2. v. r.).

Noch einmal kam es auf einer Reichsführertagung in Weimar zu einer stürmischen Auseinandersetzung zwischen Straßer und Hitler, dann aber warf Straßer alles hin: Am 8. Dezember 1932 trat er von seinen Ämtern zurück und ging ins Ausland.

Doch dann war er plötzlich wieder da und gab Schleicher neue Hoffnung, die Nazis doch noch – entschärft – für die Republik aktivieren zu können, ehe Hitlers Machtdämonie alles vernichtete. Eine Illusion? Ein Schleicher-Berater: „Ich weiß, es kann nicht sein. Ich weiß, es wird nicht sein. Machen Sie was dagegen. Ich bild's mir eben ein.“

#### Im nächsten Heft

Der 30. Januar 1933: Die konservativen Kräfte überlassen Hitler die Macht